

Antrag D-3
SPD-Unterbezirk Hildesheim Juso-Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: SPD-Landesverband Niedersachsen

Quote für das Parlament – Parlamente grundsätzlich paritätisch besetzen

1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit
 2 Frauen* besetzt sein, um als demokratisch legiti-
 3 miertes Organ der Gesetzgebung angemessen die
 4 Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsen-
 5 tation der Wähler*innen erreicht werden.
 6 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend
 7 zu ändern, dass eine entsprechende Zusammen-
 8 setzung der Parlamente gewährleistet wird. Da-
 9 zu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die
 10 Bundestags- und Landtagswahlen:

- 11 1. Direktmandate werden wie bisher durch die
 12 Parteien aufgestellt und in direkter Wahl
 13 durch die Bürger*innen gewählt.
- 14 2. Sollten die von einer Partei errungenen Di-
 15 rektmandate mehrheitlich männlich besetzt
 16 sein, ziehen über die übrigen Listenplätze aus-
 17 schließlich Frauen* in das Parlament ein, bis ei-
 18 ne paritätische Besetzung von 50 Prozent er-
 19 reicht ist.
- 20 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei kei-
 21 ne Direktmandate erzielt wurden oder für die
 22 weiteren Plätze nachdem eine Besetzung mit
 23 50 Prozent Frauen* erreicht wurde, ziehen die
 24 Kandidat*innen der Liste im Reißverschluss-
 25 verfahren ein.
- 26 4. Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der
 27 Liste stehen, um die errungenen Plätze in die-
 28 sem Verfahren zu besetzen, verfallen die übr-
 29 igen Mandate einer Partei.

30 Für Kommunalwahlen sind durch die Länder ent-
 31 sprechende Regelungen, die eine Parität sicherstel-
 32 len, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wah-
 33 len zum europäischen Parlament.

34

Begründung

36 *Wo stehen wir?*

37 Es ist traurige Realität, dass wir auch 99 Jahre nach
 38 Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für
 39 Frauen* noch immer keine geschlechtergerechte Be-
 40 setzung der Parlamente, unserer Gesetzgebungsor-
 41 gane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem
 42 Frauen*anteil von 50%, wie er dem Anteil der Frau-
 43 en* an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in
 44 Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr

Dieser Antrag soll während des ordentlichen Be-
 zirksparteitages im Rahmen der Arbeitsgruppe Pa-
 rité diskutiert werden. Die hier gewonnenen Ergeb-
 nisse sollen dann an die beim SPD-Landesverband
 Niedersachsen zu diesem Thema eingerichtete Ar-
 beitsgruppe gegeben werden.

45 2017 hat sich der Frauen*anteil sowohl im Bundes-
46 tag als auch im niedersächsischen Landtag sogar
47 noch verringert.

48 Derzeit beträgt der Frauen*anteil der Bundestagsab-
49 geordneten nur 31%. Im letzten Bundestag, bis 2017,
50 waren es immerhin 37,1%. Zum Vergleich: 1990 lag
51 der Frauen*anteil im Bundestag immer noch bei de-
52 saströsen 20,5%, 1998 stieg er auf 30,9%, während
53 es 2002 mit 32,5% sogar mehr als heute waren.

54 Schaut man auf den Anstieg des Frauen*anteils der
55 vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich
56 eine paritätische Besetzung des Parlaments auf ab-
57 sehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es han-
58 delt sich um keine Nachwehe des viel zu spät aner-
59 kannten Frauen*wahlrechts, sondern um ein struk-
60 turelles Problem der Politik. Und diese strukturelle
61 Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt,
62 wo es kein Gegengewicht durch verbindliche Frau-
63 en*quoten gibt. So ist der Frauen*anteil in den Frak-
64 tionen der Grünen, der Linken und der SPD mit je-
65 weils über 40%, teilweise sogar über 50% nahe-
66 zu ausgeglichen (Grüne: 58,2%; Linke: 53,6%; SPD:
67 41,8%). In jenen Parteien, die sich selber keine Quo-
68 tierung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frau-
69 en*anteil dagegen deutlich schlechter oder auch so
70 gut wie nicht existent (CDU: 19,9%, FDP: 22,5%; AfD:
71 10,8%).

72 Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den eben-
73 falls 2017 neu gewählten niedersächsischen Land-
74 tag. Hier beträgt der Frauen*anteil seit der Wahl
75 sogar nur 27,7%. Bis zur Wahl 2017 waren es hier
76 dagegen noch 31,4% Frauen*. Der niedersächsische
77 Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer
78 gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung
79 als der Bundestag.

80

81 *Wo wollen wir hin?*

82 Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament,
83 nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Ge-
84 setze gemacht und Entscheidungen getroffen wer-
85 den müssen Frauen* zu gleichen Teilen beteiligt wer-
86 den. In unserer repräsentativen Demokratie muss
87 die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staats-
88 organe haben. Tatsächlich fehlt Frauen* dieser Ein-
89 fluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsenta-
90 tiv vertreten sind. Ihre Interessen und Perspektiven
91 bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

92 Wenn aber 50% der Bevölkerung in unseren Par-
93 lamenten nicht ausreichend vertreten sind, unter-

94 gräbt das nicht nur die demokratische Legitimation
95 dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die
96 männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interes-
97 sen und Vorstellungen überrepräsentiert sind.

98 Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem
99 oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet
100 werden, dass es gerade die Politik ist, von der
101 aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftli-
102 chen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade un-
103 serer Gesetzgebung darf daher die weibliche Per-
104 spektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patri-
105 archale System, in dem nur Männer die Regeln ma-
106 chen, gestützt!

107 Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur
108 zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts-
109 und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht
110 ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der
111 Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits
112 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und
113 Frauen* in der Wirtschaft wie auch in der Politik in
114 vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als
115 undemokratisch bewertet - und Maßnahmen von
116 den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarlän-
117 dern hat dies zum Teil bereits gefruchtet, dort wur-
118 den in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal,
119 Slowenien, Spanien und Griechenland mittlerweile
120 Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

121

122

123 *Wie kommen wir zum Ziel?*

124 Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig
125 räumen um für mehr Frauen* in der Politik Platz
126 zu machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des
127 Frauen*wahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frau-
128 en* in der Politik angemessen zu berücksichtigen,
129 wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es han-
130 delt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuel-
131 le Probleme von Frauen*, die benachteiligt werden –
132 die Diskriminierung hat System. Deshalb braucht es
133 klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von
134 Frauen* an der Politik sicherstellen – für alle Partei-
135 en. Nur so können bestehende Strukturen, die Frau-
136 en* von politischen Mandaten abhalten, aufgebro-
137 chen werden.

138 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist
139 der einzige Weg, um Frauen* gleichberechtigt in po-
140 litische Entscheidungen einzubinden; um sicherzu-
141 stellen, dass die Interessen von Frauen* Gehör fin-
142 den; und um eine lange überfällige Förderung von

143 Frauen* in der Politik zu erreichen. Wir brauchen
144 Vorbilder, die anderen Frauen* das Gefühl geben,
145 den Schritt in die Politik wagen und dort etwas er-
146 reichen zu können. Wir müssen aber auch die Vor-
147 aussetzungen politischen Engagements überden-
148 ken und Hindernisse verschiedenster Art abbauen,
149 welche talentierte und qualifizierte Frauen* von po-
150 litischen Ambitionen abhalten. Die Frauen*quote ist
151 dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender.
152 Gleichzeitig ist die Quote auch hier wie überall kein
153 Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine ei-
154 genständig funktionierende paritätische Besetzung
155 der Parlamente überflüssig werden.

156 Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen pari-
157 tätisch besetzt sind, welche sich freiwillig und par-
158 teiintern eine Quote gegeben haben, sondern AL-
159 LE. Parteien, die eine entsprechende Berücksichti-
160 gung von Frauen* auf ihren Wahllisten nicht ge-
161 währleisten, muss als Konsequenz der Verlust von
162 Parlamentssitzen drohen, um die Quotierung auch
163 gegenüber jenen Parteien durchsetzen zu können,
164 welche das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe
165 der Geschlechter an der politischen Entscheidungs-
166 findung nicht teilen. Von demokratischer, gleichbe-
167 rechtigter Teilhabe kann sich keine Partei ausneh-
168 men, sie muss unbedingte Voraussetzung für die Be-
169 teiligung in einem Parlament sein.

170